

Anlage

1. Laufende bzw. bereits abgeschlossene Maßnahmen und Pilotprojekte

Informationssystem für Bürgerdienste, SenInn/LEA

Die Aufgabe des Informationssystems ist es, den Standardaufgabenkatalog der Berliner Bürgerämter mit derzeit 94 Dienstleistungen sowie bezirksspezifische Leistungsangebote zu verwalten und für die Sachbearbeitung am Bürgeramts-Arbeitsplatz anzubieten. Dabei wird eine Orientierung an Lebenslagen (ganzheitliche Sicht des Dienstleistungsangebots) unterstützt. Es ist zudem das Einstiegsportal für eine integrierte Sachbearbeitung, die auch die Einbindung von Fachverfahren ermöglicht.

Derzeitig sind ca. 600 Nutzer der bezirklichen Bürgerämter beim Informationssystem angemeldet.

Eine Geschäftsstelle für den Verfahrensbetrieb ist im Landeseinwohneramt (LEA) eingerichtet worden. Die z. T. noch recht unterschiedliche Nutzung des Systems in den Bürgerämtern kann auf dieser Grundlage verbessert werden.

Alle derzeit in den Bürgerämtern angebotenen 94 Dienstleistungen wurden im Informationssystem auch für das Internet aufbereitet und am 23. September 2004 auf der Seite des Verwaltungsführers bei „berlin.de“ freigeschaltet.

Im Projekt Mobile Bürgerdienste „MoBüD“ konnte im Feldversuch die mobile Nutzung des Informationssystems mittels eines über Funk angebundenes Bürgerberatungskoffers analog zum stationären Betrieb in den Bürgerämtern realisiert werden.

Die weitere Konzeptionierung des Informationssystems intendiert, bis zum Jahr 2006 eine verwaltungseinheitliche Informationsbasis bereitzustellen, die zum einen alle relevanten Verwaltungsdienstleistungen beinhaltet und zum anderen vertriebs- bzw. zugangswegeunabhängig (persönlich, telefonisch, elektronisch) genutzt werden kann.

Voice-Auskunftsdienst, SenInn/LEA/LIT

Der telefonische Auskunftsdienst zur sprachgesteuerten, automatischen Auskunftserteilung zum Bearbeitungsstatus von Personaldokumenten ist bundesweit bislang einmalig. Der Dienst realisiert einen bürgerorientierten „Rund-um-die-Uhr-Service“ mit Zugriff auf ein Informationssystem der Bundesdruckerei. Die Pilotierung im Feldtest erfolgte vom 01.09.2003 bis zum 31.12.2003 im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf in Zusammenarbeit mit der Bundesdruckerei und einem Privatunternehmen.

Nach einer ersten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung könnten verwaltungsweit jährlich mindestens 200.000 Anrufe automatisiert beantwortet werden. Die im Abschlussbericht zu dem Pilotprojekt vorgenommene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zeigt ein deutliches Einsparpotenzial auf.

Diese kundenfreundliche, entlastende und wirtschaftliche Lösung wird derzeit in einem vom Landesbetrieb für Informationstechnik im Auftrag der Senatsverwaltung für Inneres durchgeführten Projekt wirkbetriebsfähig implementiert. Gleichzeitig verfolgt das Projekt unter Beteiligung des Landeseinwohneramts und aller Bezirke das Ziel, die Lösung bis März 2005 verwaltungsweit einzusetzen.

Die verwendete Voice-Service-Plattform ist zudem in einer Vielzahl anderer Anwendungsszenarien einsetzbar (z. B. Auskünfte zu Fahrerlaubnissen) und in Richtung eines „Voice-Portals“ entwicklungsfähig und mithin im Zusammenhang mit dem Berlin-Telefon einsetzbar.

Mobile Bürgerdienste, SenInn

Ziel des Projekts Mobile Bürgerdienste („MoBüD“) ist es, ein mobiles Bürgeramt zu entwerfen, zu realisieren, in Betrieb zu nehmen und im Rahmen von Nutzertests zu bewerten.

Dem Zeitplan entsprechend, konnten im November und Dezember 2003 die ersten Testszenarien des mobilen Bürgeramtes unter Beteiligung von Mitarbeitern der Bezirke Pankow und Spandau durchgeführt werden. Im Vorfeld dieser Feldtests wurden die technischen Voraussetzungen in Zusammenarbeit mit dem LIT und dem LEA erfolgreich erprobt. Im Feldtest wird ein „Bürgerberatungs-Koffer“ eingesetzt, mit dem mobile Bürgeramts-Dienstleistungen durchgeführt werden können. Der Koffer (Beschaffungskosten rd. 5.000 €) enthält alle dafür notwendigen Komponenten (Notebook, Drucker, Netzzugang etc.) in ergonomisch sinnvoller Anordnung. Die mobile Nutzung des bereits in den stationären Bürgerämtern etablierten Infosystems soll helfen, den Beschäftigten für ihre Beratungstätigkeit umfassende fachliche und allgemeine Informationen über die Dienstleistungen der Bürgerämter auf einfache Weise anzuzeigen und diese zu verarbeiten. Der ebenso eingerichtete sichere mobile Datentransfer zum IT-Verfahren Einwohnerwesen (EWW) ermöglicht es, fast das gesamte Dienstleistungsportfolio eines stationären Bürgeramtes auch mobil anzubieten. Sobald die technische und rechtliche Machbarkeit des Probetriebs im Rahmen dieses Forschungsvorhabens erfolgreich nachgewiesen ist, ist es möglich, an verschiedenen Orten Bürgeramts-Dienstleistungen anzubieten, ohne vorher in Ausstattung bzw. Raumkosten investieren zu müssen. Dazu werden bereits vorhandene öffentliche Gebäude temporär für die Durchführung von Bürgeramts-Dienstleistungen genutzt oder Kooperationsverträge mit externen Partnern geschlossen. Dadurch werden stationäre Bürgerämter entlastet und Einsparpotenziale generiert. Eine Wirtschaftlichkeits- und Potenzialanalyse ist Bestandteil der Projektdurchführung. Das Projekt läuft planmäßig, alle Teilziele wurden bisher erreicht.

Als weitere Anwendungsbereiche des Produkts bzw. der entwickelten Dienstleistung „Sicherer drahtloser Datentransfer ins Berliner Landesnetz“, sind Nutzungen im Bereich der Ordnungsaufgaben, Geoinformation, Bau, Gewerbe und Umwelt denkbar.

Die Senatsverwaltung für Inneres hatte sich am 3. E-Government-Wettbewerb 2002/03 der Firma Bearing Point und Cisco Systems beteiligt und für die Idee eines „Amtes, das zum Bürger kommt“ auf der CeBIT 2003 den 1. Preis erhalten.

Im Rahmen des ebenfalls prämierten MEDIA@komm-Transfers bietet MoBüD anderen Städten Kooperationen an.

Formularservice, SenInn

Die Maßnahme umfasst die Bereitstellung sämtlicher digitalisierfähiger Einheits- und Fachformulare der Berliner Verwaltung im Intranet (für die Beschäftigten) und der relevanten Formulare im Internet (für die Bürger und Unternehmen) sowie als Dienstangebot für Anwendungsverfahren.

Der Projektstart erfolgte im Jahr 2002. Diese Lösung wird –vorerst für einen eingeschränkten Nutzerkreis- vom LIT im Intranet bereitgestellt und von SenStadt, SenInn, LEA, SenFin, SenGesSozV, SenWiArbFrau und BA Charlottenburg-Wilmersdorf sowie vom Informationssystem für Bürgerdienste getestet.

Ziele der Maßnahme sind Erhöhung der Servicequalität durch größere Bürgernähe sowie Geschäftsprozessoptimierung durch Digitalisierung der Formulare und deren Bereitstellung in einem landesweit einheitlichen Verfahren. Einsparungen entstehen durch Abbau und Vermeidung von Insellösungen.

Ausbau und Nutzung des Formularservice sollen in 2004 mit dem Ziel einer landesweiten Nutzung in 2005 vorangetrieben werden.

Public Key Infrastructure und elektronische Signaturen, LIT

Von besonderer Bedeutung für sichere E-Government – Anwendungen ist die Schaffung technischer und organisatorischer Voraussetzungen für die Nutzung elektronischer Signaturen und eine gesicherte elektronischen Kommunikation.

Die dafür erforderliche technische Infrastruktur (die sog. Public Key Infrastructure – PKI) ist im Land Berlin vorhanden und wird in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und dem Bund vom Landesbetrieb für Informationstechnik (LIT) als zentralem Infrastrukturbetreiber des Landes Berlin betrieben.

Der LIT bietet seinen Kunden die Sicherung der zertifikatbasierten Kommunikation für die IT-Anwendungen E-Mail, Client-Server-Verbindungen und VPN (virtuelle private Netzwerke). Mit den Zertifikaten der LIT-PKI wird die elektronische Kommunikation vor unberechtigter Einsichtnahme durch Verschlüsselung (Vertraulichkeit) gesichert; die Authentizität des angegebenen Kommunikationspartners und die Integrität der Daten ist durch die fortgeschrittene elektronische Signatur gewährleistet.

Der Einsatz von SmartCards für Verschlüsselungs- und Signaturzertifikate befindet sich in der Erprobungsphase.

Der LIT wurde im Mai 2003 mit einer weiteren Zertifizierungsstelle für die bundesweit agierende Verwaltungs-PKI zertifiziert und arbeitet nach den Sicherheitsrichtlinien des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Die Zertifikate der LIT-PKI werden neben der Verschlüsselung für Landesverfahren wie IPV, Mobile Bürgerdienste, Zugang zum Berliner Landesnetz und Netzverschlüsselung auch für Portaldienste wie VÖBB eingesetzt. Die Web-Server des Landes und die vom LIT betriebene virtuelle Poststelle sind mit Zertifikaten ausgestattet, um eine sichere und authentische Client-Kommunikation zu ermöglichen. Weitere Vorhaben wie E-Vergabe VOB sind in Vorbereitung.

In Übereinstimmung mit den Erfahrungen anderer Bundesländer und Kommunen hat sich gezeigt, dass noch offene Fragestellungen sowohl im technischen Bereich (z.B. mangelnde Interoperabilität und Nutzerfreundlichkeit sowie hohe Anschaffungskosten der marktverfügbaren Technikkomponenten wie Chipkarten, Chipkartenleser und Software) als auch bei der Anpassung der Verfahrensabläufe (z.B. Mehraufwand durch parallel erforderlichen konventionellen Geschäftsverkehr) bestehen.

Bebauungs- und Flächennutzungsplanung, SenStadt

Für eine aktive Bürgerbeteiligung kann das vorbildliche Angebot der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Maßstab dienen. Hierbei werden im Rahmen der Bebauungs- und Flächennutzungsplanung parallel zur öffentlichen Auslegung von Plan und Begründung und ggf. weiteren Unterlagen diese auch im Internet zur Verfügung gestellt. Die Planungsträger und Bürgerinnen und Bürger erhalten so die Möglichkeit, sich online direkt zur künftigen Planung zu äußern.

Zur Planung der Umgestaltung des Alexanderplatzes wurde in 2003 die Öffentlichkeit ergänzend interaktiv in den Planungsprozess einbezogen. Die Ergebnisse wurden in den freiraumplanerischen Wettbewerb einbezogen.

E-Vergabe VOB, SenStadt

In einem Pilotprojekt von SenStadt unter Beteiligung des BA Spandau werden elektronische VOB-konforme Ausschreibungen erprobt.

Seit April 2003 werden Ausschreibungsunterlagen im Internet bereitgestellt, die herunter geladen, digital bearbeitet und in Papierform eingereicht werden können. Zurzeit finden Tests zur vollständigen digitalen Abwicklung unter Verwendung der elektronischen Signatur statt. Nach einer EU-weiten Ausschreibung ist Ende September 2004 der Zuschlag erteilt worden. Das Verfahren soll zum 1. Dezember 2004 bei SenStadt in Produktion gehen. Mit dem Einsatz soll der bisherige Pilotbetrieb in den Echteininsatz überführt und schrittweise auch in den Bezirken eingeführt werden. Die Pilotphase des Projekts läuft bis Ende 2004.

Ziele des Verfahrens sind Serviceverbesserung für die Unternehmen, Optimierung der Prozesse bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Vergaben im Baubereich sowie die Einführung eines landesweiten Verfahrens für die E-Vergabe. Ein Konsolidierungspotenzial ist nach Ende des Pilotprojekts quantifizierbar.

Online-Wettbewerbe, SenStadt

Das Verfahren umfasst die Durchführung von Planungswettbewerben und Bewerberverfahren sowie die Abwicklung einzelner oder aller Verfahrensschritte über das Internet (Verfahrensankündigung, Bewerbung, Ausgabe der Auslobungsunterlagen, Rückfragen inkl. Beantwortung, Ergebnispräsentation). In 2001 wurde der erste Online-Wettbewerb (Blankensteinpark) durchgeführt. In 2003 wurde ein erster virtueller Projektraum (Bibliothek der Humboldt Universität) gebildet.

In 2004 soll das erste Online-Bewerberverfahren (OSZ Bautechnik II/Holztechnik) durchgeführt werden.

Ziele der Maßnahme sind Prozessoptimierung im Wettbewerbsmanagement, Verfahrensstandardisierung, Kosten- und Aufwandsreduzierung, Serviceverbesserungen sowie Schaffung von Transparenz im Verfahrensablauf.

GAA-Online, SenStadt

Hauptziele des Verfahrens GAA Online sind die Erhöhung der Markttransparenz für die am Grundstückmarkt handelnden natürlichen und juristischen Personen, die Entlastung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses sowie die Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge bei der Abgabe von kostenpflichtigen Produkten des Landes Berlin.

Die Produkte des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin werden seit Mai 2002 über einen Online-Shop kostenpflichtig im Internet mit dem durch berlin.de angebotenen ePayment abgegeben.

Das Angebot hat sich bei den Kunden etabliert, so dass die Einnahmen die Betriebskosten weitestgehend decken.

In 2004 wurde der WebMapService „BRW Online“ eingerichtet, um die Bodenrichtwertkarte über private Mehrwertprovider abzugeben.

Zurzeit wird in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern Brandenburg daran gearbeitet, auch Informationen Brandenburger Gutachterausschüsse über GAA Online bereitzustellen.

FIS-Broker, SenStadt

FIS-Broker ist Teil des Informationssystems Stadt und Umwelt. FIS steht für „Fachübergreifendes InformationsSystem“, d. h. für das Ziel, die in einzelnen Fachanwendungen vorliegenden Daten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übergreifend nutzbar zu machen. Broker steht für einen Makler, der diese übergreifende Nutzung ermöglicht.

Die Datenbestände können aufgefunden, selektiert, visualisiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Die Daten verbleiben im datenhaltenden System beim Datenanbieter; der Nutzer kann über eine einheitliche Oberfläche auf die unterschiedlichen Datenbestände zugreifen, ohne dass er Kenntnis von der jeweiligen Software besitzen muss. Das Verfahren läuft im Intra- und Internet im Wirkbetrieb.

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung und Erschließung von Synergien durch Bereitstellung vorhandener geografischer und fachlicher Informationen im Netz.

Alle Einrichtungen des Landes Berlin können den FIS-Broker kostenfrei übernehmen, um eigene Daten anbieten oder die Dienste zum Aufbau eigener Fachverfahren nutzen zu können (BLM - Baulückenmanagement Berlin, LAUS - Liegenschaftsauskunft- und Stellungnahmesystem). Die Berliner Bezirke nutzen den FIS-Broker zunehmend zur Präsentation ihrer Geodaten im Intra- und Internet.

LIKA – Auskunft, SenStadt

Die LIKA Auskunft ist ein Auskunftssystem, in dem die aktuellen Daten des Liegenschaftskatasters (ALK seit 1998, ALB seit 2000) allen Dienstkräften der Berliner Verwaltung und externen Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Das System setzt sich zusammen aus einem Datenspeicher für ALK und ALB, universell nutzbaren Zugriffsmethoden und einer web-basierten Auskunftsoberfläche. Zurzeit sind 1.400 interne und externe (OFD; ÖbVI, BSR, BVG) Nutzer registriert. Seit 2003 wird außerdem die Erstellung von amtlichen Auszügen aus dem Liegenschaftskataster über die LIKA – Auskunft in den Bezirksämtern online vorgenommen.

In 2004 wird die Möglichkeit geschaffen, die LIKA – Auskunft im Internet zu nutzen. In diesem Zusammenhang werden auch Funktionen zum Herunterladen der Daten in Standardformaten integriert.

Ziel der Maßnahme ist die umfassende Bereitstellung aktueller Informationen des Liegenschaftskatasters innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Damit verbunden ist gleichzeitig die Optimierung verschiedener Geschäftsprozesse (u.a. Möglichkeit des direkten Zugriffs auf die Daten des Liegenschaftskatasters durch ÖbVI und Notare) sowie eine bessere und weiterreichende Vermarktung der Geodaten.

Berliner LiegenschaftsinformationService (BLIS), SenStadt

BLIS ermöglicht gezielte Recherchen nach Liegenschaften in Geobasisdaten des Vermessungswesens und Daten anderer Fachbereiche. Durch die gleichzeitige verknüpfende Recherche in unterschiedlichen Fachdatenbeständen verschiedener Verwaltungen und entsprechende Auswertung der Anfragen erhält der Nutzer aktuelle, auf seine Anfrage zugeschnittene Informationen (Mehrwertschaffung).

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung bei Datenanbietern und Kunden sowie eine Erhöhung des Wertschöpfungsfaktors im Bereich der liegenschaftsbezogenen Datenrecherchen.

Zur Zielgruppe von BLIS zählen insbesondere die Immobilienwirtschaft, Banken, Makler, Investoren, Ingenieur- und Planungsbüros. Der Zugriff auf die Geobasisdaten des Vermessungswesens erfolgt über die Serverdienste der LIKA-Auskunft. BLIS ist Pilotprojekt des Infrastrukturprojektes VeZuDa und bedient sich der im VeZuDa-Projekt bereitgestellten Infrastrukturdienste.

Derzeit wird ein Testbetrieb unter Beteiligung von SenStadt, SenInn, SenWiArbFrau, LAROV, IHK, IBB, WfB und dem Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure als Anwender des Verfahrens durchgeführt.

Baulückenmanagement, SenStadt

Das Baulückenmanagement stellt umfangreiche Informationen über innerstädtisches Bauland (Baulücken und Flächenpotentiale) im Internet zur Verfügung. Auf diese Weise wird Markttransparenz über den Bodenmarkt hergestellt. Gleichzeitig dient das Verfahren dem kommunalen Bodenmanagement. Das der Internetpräsentation zugrunde liegende elektronische Baulandkataster (Datenbank und Karte) dient in den Bezirken zum Bauland-Monitoring.

Ziel ist, die Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung Berlins unter den gegenwärtigen Bedingungen reduzierter Fördermöglichkeiten auf stadtpolitisch wichtige Bereiche in der Innenstadt zu lenken. Baumaßnahmen im urbanen Umfeld sind für Investoren und Selbstnutzer von besonderem Interesse. In den bestehenden Quartieren der Innenstadt bietet sich die Chance, gemischte Projekte des Gewerbe- und Wohnungsbaues umzusetzen und dabei bereits vorhandene Infrastruktureinrichtungen nutzen zu können.

Liegenschaftsfonds-Auskunft- und Stellungnahmeverfahren (LAUS), SenStadt

LAUS ermöglicht die elektronische Abwicklung des durch die Geschäftsordnung des Liegenschaftsfonds (LF) geregelten förmlichen Stellungnahmeverfahrens innerhalb der

SenStadt. In das Verfahren sind derzeit acht Abteilungen bzw. nachgeordnete Behörden und der Liegenschaftsfond als externer Datenlieferant eingebunden.

Durch LAUS werden der Informationsfluss und die Zusammenführung der Stellungnahmen deutlich effektiviert. Zugleich wird mit der Schaffung von Informationstransparenz die Abstimmung der Stellungnehmer untereinander wesentlich vereinfacht. Das Verfahren ist als Webanwendung konzipiert. Durch die modulare Integration des FIS-Broker als Auskunftssystem für raumbezogene Informationen (Lagepläne, Fachkarten) innerhalb der Anwendung werden in hohem Maße Kosten für die erforderliche Distribution und Visualisierung von Geodaten vermieden.

Das Verfahren ist geeignet, für denselben Zweck in den Bezirks- und anderen involvierten Senatsverwaltungen (SenFin, SenWiArbFrau) eingesetzt oder für vergleichbare Zwecke ohne erheblichen Aufwand adaptiert zu werden.

Der Betrieb des Verfahrens ist im April 2004 aufgenommen worden.

Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauaufträge (ULV), SenStadt

Das Verfahren ermöglicht ULV-Auskünfte im Intranet und Internet für öffentliche Auftraggeber: Die Zugriffsberechtigung zur ULV-Auskunft wird bei SenStadt beantragt und erfolgt über Nutzerkennung und Kennwort.

Das System gewährleistet eine Serviceverbesserung durch ein aktuelles Informationsangebot für die Nutzer des ULV.

Digitalisiertes Wohnungswesen (DiWo-Online), SenStadt

Das Angebot dient einer probeweisen Berechnung des Wohngelds im Internet und Intranet. Es steht sowohl den Bürgern im Internet wie auch den Beschäftigten in den Bürger- und Fachämtern zur überschlägigen Berechnung von Wohngeldansprüchen zur Verfügung.

Integriertes Wohnungswesen (InWo) und Integriertes Antragsbearbeitungssystem (INAS), SenStadt

Im Rahmen der Migration des Fachverfahrens Digitalisiertes Wohnungswesen (DiWo) zu einem Integrierten System (InWo) soll auch die Online-Wohngeldantragstellung über das Internet einschl. Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über die INAS-Plattform und die Übernahme von Formulardaten in das Fachverfahren InWo angeboten werden. Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung sowie die Effizienzsteigerung von Verwaltungsabläufen. Das System wurde unter Beteiligung von drei Bezirken (Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf) im Zeitraum März - September 2004 in der Praxis erprobt.

Es wurden rund 3000 Anträge erstellt, von denen ca. 300 automatisch in das Fachverfahren übernommen wurden. Außerdem wurde eine große Zahl von Anträgen von den Bürgern online ausgefüllt und dann ausgedruckt und per Post an das zuständige Wohnungsamt geschickt. Für einen flächendeckenden Echteinsatz sind noch fachliche Erweiterungen erforderlich, so sollten z. B. künftig auch Änderungsanträge ermöglicht werden. Hiefür wäre eine Verbindung zur Wohngelddatenbank zu schaffen. Zurzeit werden die Ergebnisse der Pilotierung ausgewertet, anschließend wird über das weitere Vorgehen entschieden.

Automatisiertes Mahnverfahren (AUMAV), SenJust / Amtsgericht Wedding (Zentrales Mahngericht)

Mit dem Verfahren "Online-Mahntrag" wird dem Antragsteller / Prozessbevollmächtigten im Mahnverfahren für Einzelanträge im Internet ein interaktives Formular für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides mit umfassenden Plausibilitätsprüfungen und Hilfsfunktionen unentgeltlich zur Verfügung

gestellt. Mit dem Verfahren "ProfiMahn" wird insbesondere Großantragstellern, die über eine eigene Mahnsoftware verfügen (u. a. bisherige Antragsteller mit Diskette oder Bandkassetten), die gesamte Kommunikation mit dem Mahngericht in elektronischer Form über das Internet ermöglicht. Ziele des Verfahrens sind die Erleichterung der Antragstellung auf Erlass eines Mahnbescheids über das Internet als Einstieg in den elektronischen Rechtsverkehr. Der vom Verfahren her bereits heute mögliche elektronisch signierte und verschlüsselte Versand des Antrags an das Mahngericht und die automatisierte Datenübernahme in das Mahnverfahren wird erst mit zunehmender Verbreitung von Signaturkarten an Bedeutung gewinnen und dann Rationalisierungspotentiale entfalten. Die beiden Verfahren wurden von der Freien und Hansestadt Bremen entwickelt und von Berlin im Rahmen eines bestehenden Verwaltungsabkommens übernommen.

SolumSTAR, SenJust / Kammergericht

Das Verfahren bietet Online-Auskünfte aus dem elektronisch geführten Grundbuch auf Basis des maschinell geführten Grundbuchs vom eigenen PC für zugelassene Teilnehmer (Notare, Banken, Versicherungen, Versorgungsunternehmen, Wohnungsbaugesellschaften, Behörden).

Ziele des Angebots sind Serviceverbesserung durch komfortableren Zugang zu den Grundbuchdaten und kürzere Bearbeitungszeiten sowie Effektivitätssteigerungen im Grundbuchamt durch Verringerung des Publikumsverkehrs und elektronische Auskunft über den Bearbeitungsstand.

Das Verfahren wurde innerhalb des Entwicklungsverbunds SolumSTAR, dem 13 Bundesländer angehören, entwickelt.

Business Location Center (BLC), SenWiArbFrau

Das System repräsentiert ein multimediales Informations- und Präsentationsangebot für Investoren mit allen investitions- und ansiedlungsrelevanten Daten über Berlin.

Durch Weiterentwicklung der Datenstruktur mit neuen und zusätzlichen Angeboten, wie z.B. Integration des Angebotes der ehem. BAO, des Gewerbeflächen- und Telekommunikationsatlas, der Anbindung an das Berliner Intranet in 2004 und die Integration eines neuen 3D Stadtmodells bis 2005 wird der Informationsgehalt für die Wirtschaft, insbesondere für Investoren aber auch für die gesamte Berliner Verwaltung deutlich erhöht. Die Bezirke werden verstärkt mit Angeboten vertreten sein (z.B. Hosting des Online-Service-Wirtschaft: Pankow).

Das BLC wird von der Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH und durch Partnerschaftsbeiträge von 22 Unternehmen (PPP) finanziert.

Verbund öffentlicher Berliner Bibliotheken (VÖBB), SenWissForschKult

An dem IT-gestützten Ausleih- und Katalogisierungsverbund der Berliner Öffentlichen Bibliotheken nehmen die 12 Stadtbibliotheken der Berliner Bezirke mit ihren Stadtteilbibliotheken und 9 Fahrbibliotheken, die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin/ZLB sowie vier Schulbibliotheken teil.

Ziel ist ein berlinweites Serviceangebot im Bibliotheksbereich durch

- Bereitstellung eines gemeinsamen Benutzerausweises
- elektronischen Nachweis und dezentralen Zugriff auf alle Medienbestände
- Recherche, Bestellung und Fristverlängerung via Internet

VHS-IT (Volkshochschul-Kursbuchung), SenBJS / BA Neukölln

Das Angebot ermöglicht den Zugang zu den Weiterbildungsangeboten der Berliner Volkshochschulen einschließlich der bezirksübergreifenden Buchungsmöglichkeit über das Internet. Ziele des Verfahrens sind Erhöhung der Kundenfreundlichkeit durch die berlinweite Buchungsmöglichkeit für alle Berliner Volkshochschulen, die schnellere und effektivere Abwicklung von Geschäftsprozessen in den Berliner Volkshochschulen

sowie die bessere Vermarktung der Kursangebote der Berliner Volkshochschulen durch Kooperation mit anderen Einrichtungen (gesamte Bundesrepublik).

Elektronische Steuererklärung (ELSTER), OFD

Das System dient der Gewinnung und Bereitstellung von Daten des Besteuerungsverfahrens durch elektronische Übermittlung vom und zum Steuerpflichtigen und anderen.

Es können Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuererklärungen sowie Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen von den Steuerpflichtigen via Internet an die Steuerverwaltung übermittelt werden.

ELSTER ist eine gemeinsame Entwicklung der Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder. Die Programmentwicklung haben die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen übernommen. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch Bund und Länder gemeinsam.

Das Projekt wurde in Berlin in 2000 begonnen. Ab dem Kalenderjahr 2004 sind die Arbeitgeber mit maschineller Lohnabrechnung verpflichtet, die Lohnsteuerbescheinigungen nach amtlich vorgeschriebenen Datensatz elektronisch an die Finanzverwaltung zu übermitteln. Das Projekt ELSTER steigert die Effizienz der Steuerverwaltung, da durch die elektronische Datenübertragung die manuelle Datenermittlung und -erfassung entfällt und Geschäftsprozesse optimiert werden.

Mit der elektronischen Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigungen entfällt für die Arbeitgeber das arbeitsaufwendige personelle Verbinden der Lohnsteuerbescheinigungen mit den papiernen Lohnsteuerkarten.

Darüber hinaus wird der Service für die Steuerpflichtigen und Steuerberater durch die elektronische Steuererklärung verbessert.

Projekt Kassenkooperation, SenFin

In einer vom Projekt Kassenkooperation veranlassten Organisationsuntersuchung in ausgewählten Kassenbereichen des Landes Berlin (Landeshauptkasse, Bezirkskassen, Justizkasse) wurde dargelegt, dass im Ergebnis dauerhafte Einsparungen in Höhe von bis zu 12,75 Mio. € p.a., insbesondere durch Personalkostensenkungen, bei einmaligem Aufwand von 6,4 Mio. € für die Umsetzung der vorgeschlagenen 62 Maßnahmen erzielbar sind.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen liegt für die Bezirkskassen bei der Umstellung des baren Zahlungsverkehrs auf Automatenbetrieb. Durch den Einsatz von Kassenautomaten, die die personell besetzte Barzahlungskasse weitgehend ersetzen soll, werden erhebliche Personaleinsparungen ermöglicht.

Nach Zustimmung des Hauptausschusses konnte nach einer europaweiten Ausschreibung der Firma Hess der Zuschlag erteilt und ein Vertrag über die Lieferung und Installation von Kassenautomaten einschließlich der Koordination der Automatenaufstellung und Anwendereinweisung mit einem Auftragsvolumen von 1,8 Mio. € am 18.11.2003 unterzeichnet werden. Der Vertrag sah den Abschluss der Installation der Automaten zum 01.09.2004 vor. In Folge einer erforderlichen Neuordnung der Standorte sowie nicht durch den Auftragnehmer zu verantwortende geräte- und bautechnische Widrigkeiten, war die Einhaltung der Frist nicht möglich. Auch die ursprünglich mit der Fa. Hess vereinbarten Leistungen wurden während der Installationsphase auf Anregungen der Bezirke in begründeten Punkten mit Kosten von fast 500.000 € erweitert (Anbindung der Kassenautomatensoftware an das Sozialhilfeverfahren ProSoz-S, Implementierung der Sprachen Englisch, Französisch, Polnisch, Türkisch sowie der Software Management Console, die die Steuerung mehrerer Automaten von einem Standort ermöglicht). Entsprechende Vertragsergänzungen wurden am 03.09.04 unterzeichnet.

An den Ein- und Auszahlungsautomaten können die Bürger beispielsweise Gebühren für Personalausweise einzahlen oder sich Transferzahlungen wie Sozialhilfe auszahlen lassen.

Der Einsatz der Automaten ermöglicht neben der Einsparung von Personalausgaben bürgerfreundliche Öffnungszeiten.
Geprüft wird derzeit, ob auch in Zahlstellen der Amtsgerichte künftig Kassenautomaten eingesetzt werden.

Internetauftritt Verfassungsschutz, SenInn

Ziel ist es, die Transparenz des Verfassungsschutzes zu verbessern und die bürgernahe Aufklärung zu stärken. Die Homepage informiert über Kontaktmöglichkeiten zum Verfassungsschutz – insbesondere das Vertrauliche Telefon –, Aufgaben, Befugnisse und Struktur des Verfassungsschutzes, die Arbeitsfelder Rechts-, Links- und Ausländerextremismus sowie Spionage und Geheimschutz, statistische Zahlen bei Personenpotenzialen und Straftaten, Publikationen und Veranstaltungen des Verfassungsschutzes sowie Gesetzesgrundlagen. Des Weiteren werden regelmäßig Aktuelle Meldungen zu unserem Arbeitsfeld eingestellt. Die Publikationen können eingesehen und bestellt werden. An dieser Stelle wird auch die Möglichkeit zu einem Kommentar zum Angebot gegeben.

Die Homepage ist über „links“ mit den Homepages anderer Behörden (u. a. Polizei und Nachrichtendienste) verknüpft.

Die rechtlichen Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes mit der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung sind erfüllt.

Das Informationsangebot der Abteilung im Internet wird mit rund 36.000 Zugriffen im ersten Halbjahr 2004 gut angenommen. Ein großer Teil der Publikationsbestellungen – ca. 70% – erfolgt per E-Mail. Hierfür steht ein entsprechendes Kontaktformular zur Verfügung

E-Learning, VAK

Das Projekt realisiert die Erweiterung des Fortbildungsangebotes der VAK um weitere technologiegestützte Formen der Qualifizierung (E-Learning) und die Erprobung integrierter Schulungskonzepte.

Die im Jahr 2003 durchgeführte Pilotmaßnahme umfasst die Seminarreihen "Zeitmanagement/Selbstorganisation" und "Stressbewältigung im Umgang mit (schwierigem) Klientel".

Ziel ist die Bereitstellung kostengünstiger und flexibler Qualifizierungsformen. Das Konsolidierungspotential ist nach Durchführung weiterer E-Learning-Projekte quantifizierbar.

Wunschkennzeichen-Online, LEA

Die Kundinnen und Kunden der Kraftfahrzeugzulassungsbehörde haben die Möglichkeit, online aus einem bereitgestellten Kennzeichenbestand von bereits mehr als 250.000 ein Wunschkennzeichen auszuwählen und für 5 Tage unverbindlich zu reservieren.

Mit der Realisierung der Wunschkennzeichenreservierung ist es dem Landeseinwohneramt Berlin gelungen, für die Kundinnen und Kunden den neuen Vertriebsweg Internet mit einer ersten interaktiven Anwendung einzurichten. Neben den online Reservierungen sind auch die herkömmlichen Reservierungen weiterhin möglich.

Zurzeit werden ca. 20% der Wunschkennzeichen aus dem Internet im Zulassungsverfahren realisiert.

Portal für Auskünfte an Behörden (PAB) aus dem Melderegister, LEA

Das System ermöglicht die Erteilung von Auskünften aus dem Melderegister via Internet und Intranet an registrierte externe Berechtigte. Zwischenzeitlich nutzen 26 Behörden (öffentliche Stellen) das PAB. Anschlussverträge mit weiteren 50 Stellen

sollen bis Jahresende geschlossen werden. Ziel des Verfahrens ist, bislang schriftlich erteilte Auskünfte durch den Online-Zugriff zu vermeiden und damit Bearbeitungs- und Wartezeiten zu reduzieren. In einem zweiten Schritt ist intendiert, die Meldedaten an weiterverarbeitende IT-Systeme mittels einer standardisierten Schnittstelle zu übergeben.

Digitalisiertes Pass- und Ausweisarchiv, LEA

Das System dient zum Scannen und zur zentralen Ablage von Pass- und Ausweisanträgen.

Mit dem System wird die elektronische Verfügbarkeit der Daten für die Strafverfolgungs- und Ordnungswidrigkeitsbehörden sowie für die bezirklichen Bürgerämter realisiert, wodurch Wegezeiten entfallen. Gegenwärtig sind alle Passanträge erfasst (2,3 Mio.) und die Scannung der Ausweisanträge hat begonnen (zwei Bezirke schon abgeschlossen).

eTeamwork, LIT

Das Dienstleistungsangebot *eTeamwork* des LIT unterstützt die behördenübergreifende und standortunabhängige Zusammenarbeit von Projektgruppen in der Berliner Verwaltung sowohl im Intranet des Landes Berlin als auch im Internet. Der Dienst stellt Funktionalität zur verschlüsselten Kommunikation, Diskussion, Dokumentenverwaltung, Terminplanung und Administration zur Verfügung.

Ziele des Dienstangebots im Intranet / Internet sind Unterstützung und Effektivierung der übergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen unter Einschluss externer Partner aus der Wirtschaft. Der entgeltpflichtige ASP-Dienst wird vom LIT zentral betrieben und bereitgestellt. Durch den Einsatz von WEB-Technologie ist für die Dienstnutzung keine besondere zusätzliche Hard- und Softwareausstattung des Nutzerarbeitsplatzes erforderlich.

Die Betrachtung zur Wirtschaftlichkeit der Nutzung des Dienstes ist durch den jeweiligen Dienstnutzer vorzunehmen.

Der Dienst wird durch verschiedene Pilotanwender innerhalb der Berliner Verwaltung (z. B. Geschäftsstelle BASIS, AG IT-Sicherheit, SenGesSozV sowie diverse Projektgruppen bei SenInn, im LEA und LIT) genutzt.

Die Einführung des Wirkbetriebes und konkrete Nutzungsangebote werden gegenwärtig vorbereitet.

Internetauftritt Abgeordnetenhaus

Der Internetauftritt des Abgeordnetenhauses wird schrittweise überarbeitet und eine neue Gestaltung und Navigation bekommen. Gleichzeitig soll - entsprechend den Richtlinien der BITV - der Auftritt barrierefrei werden.

Abgeordnetenhaus Dokumentensystem (ADOS), Abgeordnetenhaus

Mit Hilfe des Systems werden Vorgänge, Einladungen und Protokolle der Ausschüsse mit Links auf die jeweiligen Drucksachen im Internet bereitgestellt.

Ziel des Angebots ist die Verbesserung des Services für Abgeordnete und interessierte Bürger durch direkten Zugriff über die Tagesordnungen der Ausschüsse auf die entsprechenden Drucksachen.

Das System ADOS ist inzwischen eingeführt.

Online-Platzreservierung, Abgeordnetenhaus

Das System realisiert Online-Platzreservierungen für Ausschuss- und Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses.

Das Angebot erlaubt interessierten Bürgerinnen und Bürgern, für die öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Plenums Plätze via Internet zu buchen.

Elektronischer Abodienst, Abgeordnetenhaus

Der Abodienst für „Kleine Anfragen“, „Nichtbehandelte Mündliche Anfragen“ und Landespressedienst ermöglicht die zeitnahe elektronische Information.

Das Angebot liefert registrierten Benutzern die entsprechenden Informationen automatisch per E-Mail.

Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“, SKZl

Als offizielles Angebot des Landes Berlin wurde am 4. Dezember 2003 durch den Regierenden Bürgermeister das Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“ gestartet. Es ist ein PPP-Projekt zwischen dem Verein berlinpolis (www.berlinpolis.de) und der Senatskanzlei und wird durch verschiedene Sponsoren unterstützt.

„bürgeraktiv Berlin“ bietet ein zivilgesellschaftliches und bürgernahes Informations- und Service-Angebot für Berliner Bürger, Vereine, Organisationen und Gruppen. Es ist ein Forum für bürgerschaftliches Engagement und die politische Meinungsbildung.

Inzwischen sind bereits nahezu 600 Vereine, Stiftungen und Initiativen bei "bürgeraktiv Berlin" registriert. Über Kooperationspartner sind weitere Inhaltsbereiche eingebunden. Speziell zum bürgerschaftlichen Engagement erfolgt eine enge Kooperation mit dem Portal „beeport“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Die Senatskanzlei bietet ein Gästebuch an, in dem Bürgerinnen und Bürger Beiträge zu den aktuellen politische Fragen und zum Stadtgeschehen niederschreiben können (www.berlin.de/buergeraktiv/gaestebuch). Diese Beiträge werden redaktionell ausgewertet und an die politischen Entscheidungsträger weitergereicht. Bei entsprechendem Zuspruch soll das Gästebuch zu einem themenorientierten Diskussionsforum ausgebaut werden.

Bezirklicher Veranstaltungskalender, SKZl

Anfang November 2003 wurde auf berlin.de ein bezirklicher Veranstaltungskalender freigeschaltet (www.berlin.de/baevents). Ergänzend zum berlinweiten Veranstaltungskalender (www.berlin.de/eventkalender) bietet er eine Plattform für die Veranstaltungen der Bezirke. Eine Verlinkung zwischen beiden Kalendern ist gegeben.

Der Veranstaltungskalender wurde unter Mitwirkung der Bezirksverwaltungen konzipiert. Bisher beteiligen sich sieben der zwölf Berliner Bezirksämter an der Bereitstellung der Veranstaltungsangebote.

Im Zuge der Eröffnung des Bürgerportals „bürgeraktiv Berlin“ wurde der Kalender auch für die Einstellung nichtkommerzieller Veranstaltungen durch die bei „bürgeraktiv Berlin“ registrierten Vereine und Initiativen geöffnet.

MOEPlus - die Berlin/Brandenburger Informationsbörse zu Mittel- und Osteuropa sowie der GUS, SKZl

Das Europareferat der Senatskanzlei hat im März 2003 auf berlin.de eine Informations- und Kommunikationsplattform für Ost-West-Akteure in der Region Berlin-Brandenburg freigeschaltet (www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2003/02/20/10913). Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten. MOEplus bietet einen Überblick über die verschiedensten Aktivitäten aus unterschiedlichen Fachbereichen, die Vermittlung von Ansprechpartnern sowie das Angebot einer Kooperationsbörse. Zusätzlich enthalten sind Linksammlungen zu den beteiligten Ländern sowie weitere Hintergrundinformationen zur EU-Erweiterung (www.berlin.de/moeplus). Im Februar 2004 gab es 1.454 Zugriffe auf die Startseite von MOEplus.

„beeport“, SenGesSozV

Bei „beeport“ handelt es sich um ein Portal der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, das in Ergänzung zu „bürgeraktiv berlin“ die administrative Seite des bürgerschaftlichen Engagements darstellt und tagesaktuelle Informationen zu diesem Thema liefert. Es werden sowohl die Akteure innerhalb der Berliner Verwaltung kurz dargestellt, als auch die wichtigsten Non-Government-Organisations (NGO), die in dem Bereich tätig sind (z.B. Treffpunkt Hilfsbereitschaft, SEKIS). Weiterhin wird interessierten Bürgern sowie der Fachöffentlichkeit ein Bereich für aktuelle Nachrichten und Veranstaltungen geboten. „beeport“ kooperiert intensiv mit dem Portal „bürgeraktiv berlin“.

Verbraucherwegweiser, SenGesSozV

Für den Verbraucher wurde seitens der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz im September 2003 ein internetbasiertes Auskunftssystem über Informations- und Beratungsangebote im Land Berlin zur Verfügung gestellt, welches in einer weiteren Ausbaustufe um ein fachliches Auskunftssystem (Expertendatenbank) mit E-Mail-Zugang erweitert wird.

Budgetkontrolle (im Bereich der seelisch Behinderten), SenGesSozV

Ab 2004 erhalten die Bezirke Pauschalsummen für die Betreuung von seelisch Behinderten. Um die Gelder für die Klienten optimal einzusetzen, bedarf es einer detaillierten Kontrolle der Budgets zu jedem beliebigen Zeitpunkt. Das web-basierte Verfahren ermöglicht nicht nur die manuelle Datenerfassung, sondern erlaubt auch den dateibasierten Import von Daten der Einrichtungsträger. Den Psychatriekoodinatoren in den Bezirken stehen für die einzelnen Arbeitsschritte barrierefrei gestaltete HTML-Formulare - z. T. in Form von Assistenten - zur Verfügung.

Die Kernkomponenten von dem zuständigen Fachbereich finanziert, während die Module zum Datenimport von den Ligaverbänden beigesteuert werden.

Auch aus lizenzrechtlicher Sicht bietet das Verfahren einige interessante Aspekte, da sowohl Open- als auch Closed-Source-Techniken zum Einsatz kommen. So nutzt die Anwendung eine JAVA-Server-Umgebung (Tomcat/JSP), eine MySQL-Datenbank (Open-Source) und ein Application-Framework der realisierenden Firma (Closed-Source).

Das Verfahren befindet sich derzeit im Probetrieb und soll im November 2004 in den Produktionsbetrieb überführt werden.

Einführung eines WEB-Shops, Bezirk Lichtenberg

Das BA Lichtenberg hatte beschlossen, die Haushaltsansätze für allgemeinen Bürobedarf dezentral an die Organisationseinheiten zu verteilen. Das Fehlen eines zentralen Ansatzes für die Lagerbewirtschaftung hat geradezu die Schließung des zentralen Büromateriallagers erzwungen. Um nicht auf die Vorteile von Bedarfsbündelung verzichten zu müssen, wurde beschlossen, die Waren nicht mehr über das LVwA-Sammelbestellverfahren zu beziehen, sondern einen eigenen Rahmenvertrag auszuschreiben, der die konkreten hiesigen Bedürfnisse abdeckt und unsere Organisationseinheiten über einen Web-Shop die Ware beziehen zu lassen.

Für die Durchführung der öffentlichen Ausschreibungen erfolgten umfangreiche Analysen zur Ermittlung des Verbrauchs- und Abrufverhaltens des BA Lichtenberg über drei Jahre und die Berechnung der durchschnittlichen Jahresabnahmen.

Es wurde eine einfache Standardsoftware eingekauft und mit geringen Umprogrammierungsleistungen an die besonderen Bedürfnisse einer Behörde angepasst. Im Anschluss daran folgten die Testung der Software, der Aufbau einer

Kundendatenbank, umfangreiche Schulungsmaßnahmen und die Registrierung aller Nutzer.

Im Mai 2004 wurde der WEB-Shop für Büromaterial und Anfang Juli der WEB-Shop für Drucker-Patronen eröffnet. Beide Shops (<http://shop.ba-libg.verwalt-berlin.de/einkauf/index.asp>) können von allen Interessierten besucht werden. Um einkaufen zu können ist vorher eine Anmeldung nötig, da eine Servicevereinbarung abzuschließen ist, in der neben Regelungen zu den notwendigen KLR-Verrechnungen auch vergaberechtliche und formaljuristische Aspekte zu berücksichtigen sind.

Die aus dem Shop generierten Bestellaufträge werden an den Lieferanten per E-Mail weitergeleitet. Innerhalb von maximal 5 Arbeitstagen wird die Ware bis an den Schreibtisch des Bedarfsträgers geliefert.

Neben Entbürokratisierung und zeitlicher Verkürzung der Bestellabwicklung werden durch das - für die Berliner Verwaltung noch neue - System jährlich deutlich mehr als 100.000 € eingespart.

Jetzt gilt es im täglichen Betrieb Erfahrungen zu sammeln, damit diese in die notwendigen landesweiten Entwicklungen eingebracht werden können.

2. geplante Maßnahmen

Stellen- und Ehrenamtsbörse, SKZI

Aktuell sollen auf der Internetplattform berlin.de interessierten Nutzern offene Stellen und Ausbildungsplätze für den Bereich Berlin sowie eine Ehrenamtsbörse angeboten werden.

- Die Stellen- und Ausbildungsplatzangebote werden in Form einer „eingebetteten Verlinkung“ - zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit - als bundesweites Pilotprojekt von „Deutschland online“ auf berlin.de realisiert. Für den Nutzer bedeutet das, dass er auf der Plattform und mit dem Layout von berlin.de navigieren kann aber die gewünschten Stellen- und Ausbildungsangebote aus dem aktuellen Datenbestand der Bundesagentur für Arbeit erhält.
- Mit der Einrichtung der Ehrenamtsbörse wird einerseits den beim Bürgerportal bürgeraktiv registrierten Einrichtungen angeboten, einfach und schnell nach ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern zu suchen. Andererseits haben Suchende so die Möglichkeit, sich über das Angebot an freiwilliger Arbeit zu informieren und bei Interesse direkt mit der Einrichtung Kontakt aufzunehmen.

Informationsportal E-Government, SKZI / SenInn

Die Senatskanzlei und die Senatsverwaltung für Inneres haben Mitte dieses Jahres mit der Berlinpolis e.V. den Aufbau eines Informationsportals E-Government Berlin initiiert. Das Informationsportal soll dazu dienen, alle E-Government Aktivitäten der Berliner Verwaltung darzustellen, um eine umfassende Information der Fachöffentlichkeit aus Wirtschaft und Verwaltung zu gewährleisten und das Thema gleichzeitig in der breiten, öffentlichen Diskussion zu verankern. Zu anderen soll das Portal als Plattform für die Präsentation von innovativen E-Government Anwendungen der Berliner IT-Unternehmen dienen. Die entsprechenden Unternehmen können die Plattform als „Visitenkarte“ für ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen sowie als Aushängeschild für die E-Government Aktivitäten des IT-Standortes Berlin nutzen. Berlinpolis e.V. übernimmt die Realisierung und den Betrieb des Portals und wird zur Finanzierung Unterstützungsleistungen aus der Wirtschaft akquirieren.

Wirtschaftsorientiertes Dienstleistungsportal, SenWiArbFrau

Unter Federführung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen wurde eine Umfrage zu wirtschaftsorientierten Verwaltungsleistungen auf kommunaler Ebene als Teil der e-Government-Potenzialanalyse in den Stadtbezirken Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg durchgeführt. Die Auswertung der Erhebung zeigt die 20 Leistungen gemäß Produktkatalog auf, die zum einen besonders häufig nachgefragt werden und zum anderen erhebliche Verwaltungsaufwände verursachen. Das Unternehmen Knowlogy Solutions AG zeigte in einer detaillierten Untersuchung von sechs Fachverfahren die Zeit- und Kostenreserven auf, die durch den gezielten Einsatz von IT-Lösungen erschlossen werden können. In den Handlungsempfehlungen sind sowohl Hinweise für die IT-Infrastruktur, für Basisdienste als auch für die schrittweise Einführung von IT-Workflow-Prozessen enthalten. Die Untersuchung wurde Anfang November 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Berlin-Telefon - Call-Center, SenInn

Ziel des Projekts ist die Einrichtung einer Call-Center-Struktur für die Berliner Verwaltung mit verwaltungsweiter zentraler Telefoneinwahl, Telefonvermittlung und qualifizierter Telefonauskunft (1. Level). Die Einrichtung und Anbindung dezentraler,

ergänzender Call-Center (2. Level) geschieht zunächst in den Pilotbereichen LEA und 2 Bezirksämtern.

Entsprechend der Umsetzung des Abgeordnetenhausbeschlusses vom 31.10.2002 (Drs. 15/778) zielt das Vorhaben auf Erhöhung der Servicequalität, größere Bürgernähe und Geschäftsprozessoptimierung. Nach einer bereits durchgeführten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist der „Return On Investment“ (ROI) nach 4 Jahren erreicht.

Der Landesbetrieb für Informationstechnik (LIT) hat das zum Aufbau des landesweiten Berlin-Telefons erforderliche EU-weite Ausschreibungsverfahren zwischenzeitlich abgeschlossen und entsprechende Zuschläge erteilt. Bis Ende 2004 werden die technischen Komponenten für das Berlin-Telefon vom LIT zur Verfügung gestellt. Ab November 2004 erfolgt die Verlagerung der Aufgaben in den Bereich des Berlin-Telefons und die technisch-organisatorische Anbindung durch den LIT für das LEA und die genannten 2 Bezirke. In diesem Zusammenhang werden auch mit externer Unterstützung die relevanten Geschäftsprozesse harmonisiert. Nach Abschluss der Anbindung der Pilotbereiche in 2005 soll ab 2006 die sukzessive Integration weiterer Behörden erfolgen.

Das Bezirksamt Lichtenberg wird den Betrieb der Telefonzentrale der Bezirksverwaltung Lichtenberg zum 01.02.2005 auf den LIT übertragen.

Gleichzeitig wird ein „Bürgertelefon der Bezirksverwaltung Lichtenberg“ als Call-Center beim LUV Bürgerdienste eingerichtet. Datengrundlage für das Bürgertelefon bildet die vorhandene Datenbank des berlineinheitlichen Informationssystems für die Bürgerämter.

Entsprechende vorbereitende Arbeiten im Arbeitskreis Bürgerämter sind auch vom Bezirk Mitte aufgegriffen worden und haben dort zur Einrichtung eines „Call-Centers für die Bürgerämter“ geführt, welches seit Januar 2004 erfolgreich tätig ist (monatlich werden 5000 bis 7000 telefonische Kontakte bewältigt).

Damit werden zugleich vorbereitende Aktivitäten vor Ort geleistet, die in die landesweiten Aktivitäten zum Aufbau des Berlin-Telefons integriert werden.

Grünflächen-Informationssystem (GRIS) Berlin, SenStadt / bezirkliche Gartenämter

Die auf Bezirksebene vorhandenen alphanumerischen und geografischen Daten zum Grünflächenbestand werden in digitaler Form zu einem Gesamtberliner Datenbestand aggregiert. Diese Daten sind Grundlage für weiterführende Planungen und Konzepte sowie zur allgemeinen Information über das Berliner Stadtgrün.

Über die Intranetauskunft des GRIS Berlin werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner "Grünverwaltung" notwendige Fach- und verfahrensspezifische Informationen bereitgestellt.

Die Internetauskunft des GRIS Berlin (Internetauftritt "Stadtgrün") dient der umfassenden Information der Öffentlichkeit über Grünanlagen, Spielplätze, Bäume, Friedhöfe und Kleingärten in Berlin, gibt Hinweise zu einschlägigen Gesetzen sowie zu Ansprechpartnern in der Berliner Verwaltung, stellt Bestandspläne des Grünflächenbestandes bereit und beschreibt auch die wechselvolle Geschichte der Entwicklung des Stadtgrüns in Berlin.

Ziel des Systems ist es einerseits, eine effektive und wirtschaftliche Form der kommunalen Verwaltungs-, Steuerungs- und Pflegeprozesse zum Berliner Stadtgrün zu unterstützen. Andererseits soll eine bürgernahe Informationsbereitstellung zum Berliner Stadtgrün realisiert werden. Darüber hinaus werden durch die elektronische Datenbereitstellung (insbesondere digitale Karten) für andere Fachverfahren erhebliche Synergien erzielt. Durch die vorgesehene Umstellung des Verfahrens auf Webtechnologien werden erhebliche Aufwände und Kosten bei Administration und Betrieb des Verfahrens sowie durch die Bereitstellung der Informationen im Intra- und Internet erreicht.

Das Gesamtsystem ist in Teilen bereits eingeführt und soll bis 2004/05 insgesamt in Betrieb genommen werden.

Flächennutzungsplanänderungen / FNP-Bürgerbeteiligung, SenStadt

Das FNP-Änderungsverfahren soll über alle Verfahrensschritte und Verwaltungsvorgänge DV-technisch unterstützt und die Beteiligung der Planungsträger sowie der Bürger zusätzlich zum rechtlich vorgegebenen Rahmen interaktiv über Intra- bzw. Internet abgewickelt werden. Die Umweltprüfung gemäß EAG Bau 2004 soll in das Verfahren einbezogen werden.

Ziel ist die durchgängige Unterstützung der Verfahrensschritte und Verwaltungsvorgänge zur Effektivierung des Verwaltungshandelns.

Das Projekt soll in 2005 begonnen werden.

Automatisierung der Justizregister, SenJust / Amtsgericht Charlottenburg

Das Justizfachverfahren (AUREG) dient der elektronischen Führung und Online-Beauskunftung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und des Vereinsregisters. Der Ausbau des Verfahrens im Sinne eines vollelektronischen Rechtsverkehrs (elektronische Antragstellung, Aktenführung und Online-Auskunft) ist nach EU-Recht bis 2007 vorgeschrieben. Ziele des Verfahrens sind: Serviceverbesserungen durch kürzere Bearbeitungszeiten, Online-Einsicht sowie Entlastung des Registergerichts durch Verringerung des Publikumsaufkommens. AUREG ist ein Gemeinschaftsprojekt der Länder Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bremen. Mit der Eröffnung des Online-Abrufverfahrens im Berliner Registergericht (Amtsgericht Charlottenburg) ist nach Abschluss des Umschreibungsvorgangs voraussichtlich ab Anfang 2005 zu rechnen. Mit der elektronischen Führung der Handelsregisterblätter wurde im Juni 2004 begonnen.

Webfähigkeit der Anwendung Kraftfahrzeugzulassungswesen (KVA), LEA

- Anbindung der Bürgerämter

Die Bürgerämter, die Stilllegungen, Löschungen und Anschriftenänderungen manuell bearbeiten, sollen über das Intranet Zugriff auf die notwendigen Programmteile des Verfahrens KVA erhalten, um die Daten direkt in das Verfahren einzugeben und die bisher erfolgte Doppelbearbeitung durch die Bürgerämter und die Zulassungsbehörde zu beenden.

- KFZ-Zulassung (Händlermodul)

Kfz-Händlern und/oder Zulassungsdiensten soll ermöglicht werden, die Fahrzeugzulassungen ihrer Kunden online vorzubereiten. Hierzu ist die Bereitstellung von Teilen der Fachanwendung Kraftfahrzeugzulassungswesen über ein Internetportal erforderlich.

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung und Geschäftsprozessoptimierung durch Verlagerung der Antragsvorbereitung auf Kfz-Händler und Zulassungsdienste sowie durch Datenübermittlung zu Dienstleistungen der Bürgerämter aus dem Bereich des Zulassungsverfahrens (Namens- und Anschriftenänderungen, Stilllegungen, Löschungen). Darüber hinaus soll das System als Auskunftsmedium für die Polizei bereitgestellt werden.

Die veränderten Verarbeitungsschritte führen zu einem effizienteren Verwaltungshandelns. Die entsprechenden Einsparpotenziale werden in einzelnen Projektphasen quantifiziert.

Das im Rahmen der Arbeiten zur EU-Harmonisierung der Fahrzeugpapiere im Jahr 2004 gestartete Projekt wird voraussichtlich Ende 2005 abgeschlossen sein.

Elektronischer Mitteilungsdienst, LEA

Das System ermöglicht den elektronischen Versand von Mitteilungen der Berliner Meldebehörde an anderen Meldebehörden (Rückmeldungen) und Veränderungsmitteilungen an städtische Behörden und öffentliche Stellen.

Ziel des Verfahrens ist es, bislang schriftlich erstellte und postalisch bzw. über Fachpost versandte Mitteilungen den Empfängern elektronisch zuzuleiten und damit Druck und Versandkosten zu reduzieren. Das System bedient sich der im Meldewesen standardisierten Sprache XMeld und nutzt die sicheren Transportwege nach OSCI-Standard (Governikus).

Projekt RISER, LEA

Internationales, von der EU gefördertes Projekt (Beteiligung von Firmen und Behörden aus Österreich, Irland, Polen und Deutschland), eine staatenübergreifende Adressauskunft zu organisieren.

Ziel des Projektes ist es, für Großkunden eine supranationale Adressabfrage zu organisieren und die individuelle Gebührenabrechnung für die einzelnen Meldebehörden dabei sicherzustellen.

Es werden die Standards XMeld und OSCI-Transport eingebunden.

Gewerbedatenbank Online, SenWiArbFrau

Die Erstattung von Gewerbeanzeigen (An-, Um- und Abmeldung von Gewerben) sollen für Gewerbetreibende und Unternehmen im Internet ermöglicht werden. Weiterhin soll eine medienbruchfreie Übertragung der Anzeigedaten an die Berliner Wirtschaftsämter erfolgen.

Ziele und Potenziale des Systems sind Zeiteinsparung und Qualitätssteigerung für Bürger und Unternehmen, Optimierung der internen Prozesse sowie die Schaffung von Synergien durch Einbindung des Angebots in andere Portale (B2B Berlin/Brandenburg, IHK 24).

Das Verfahren befindet sich derzeit beim LIT im Testbetrieb. Mit einer produktiven Umsetzung ist Ende des Jahres 2004 zu rechnen.

Straßenlandsondernutzung, SenWiArbFrau

Das Verfahren zur Genehmigung einer Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes ist im Sept. 04 vom Senat novelliert worden. Nach Vorlage der Durchführungsbestimmungen sind die Abläufe neu zu gestalten. Mit der Rechtsänderung ergeben sich für Antragsteller erhebliche Vereinfachungen. Die neuen Abläufe sollen analysiert und dann IT-gestützt entwickelt und erprobt werden. Hier sind allerdings noch Umstrukturierungen im Bereich der Straßenverkehrsbehörde abzuwarten, deren Aufgaben z. T. in die neuen Ordnungsämter abgeschichtet werden. Erst danach ist eine Neuentwicklung sinnvoll.

KiTa-Online, SenBJS

Das Vorhaben umfasst die elektronische Antragstellung (KiTa – Online Antragsabwicklung), die Online-Platzvergabe durch den Träger (KiTa – Kommunikation mit dem Träger) sowie die Vermittlung von freien Plätzen über eine Online-Plattform (KiTa-Platzbörse).

E-Procurement, SenInn

Damit die Bestell- und Vergabeprozesse im Land Berlin zukünftig ohne Medienbrüche elektronisch abgewickelt werden können, wird im Rahmen des Projektes „Bündelung interner Querschnittsaufgaben“ (ProQuer) schrittweise eine zentrale eProcurement-Plattform mit den Kernfunktionen eVergabe, eOrdering, eVeröffentlichung für alle Vergabearten aufgebaut

Nach zweijähriger Entwicklungszeit einer eVergabe-Lösung für die Bauverwaltung und anschließender Ausschreibung hat sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für die Einführung des Programms „ava-online“ der Berliner Firma ventasoft entschieden. Mit dieser Vergabeentscheidung eröffnet sich nun die Chance, den Grundstein für eine zentrale eProcurement-Plattform für das Land Berlin zu legen. Flankierend zur Verfahrenseinführung in der Bauverwaltung soll im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Firma ventasoft und der Innenverwaltung ava-online auch für Vergaben nach VOL/VOF erprobt werden. Damit ein breit angelegter Pilotbetrieb möglich wird, sollen neben der federführenden Innenverwaltung auch der LIT, das LVwA, die Zentrale Serviceeinheit der Polizei (ehem. LPVA), das BA Lichtenberg und - soweit möglich - das Land Brandenburg einbezogen werden.

Im Zuge des weiteren Auf- und Ausbaus der eVergabe soll auch eine zentrale Lösung für elektronische Veröffentlichungen realisiert und durch den LIT ein elektronisches Warenhaus (Katalogsystem) an die Vergabeplattform angebunden werden.

Senatsinformations- und Dokumentationssystem (SIDok), SKzl / SenInn

Die Senatskanzlei und die Senatsverwaltung für Inneres führen ein gemeinsames Projekt mit dem Ziel durch, ein elektronisch gestütztes „Senatsinformations- und Dokumentationssystem“ einzuführen, welches die Erfassung und Dokumentation sämtlicher Senatsvorlagen einschließlich der entsprechenden Vor- und Nachbereitungen der Senatssitzungen umfasst. Weiterhin wird angestrebt, einen „standardisierten Sitzungsdienst“ für die Berliner Verwaltung zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Besprechungen mit technischer Unterstützung vor- und nachbereitet werden können.

Eine Projekterkundungs- und Voruntersuchungsphase zum Vorhaben wurde im Juni 2004 abgeschlossen. Nunmehr wird im Rahmen der Erstellung eines Fachkonzepts als grobes Soll-Konzept die Beschreibung eines Pilotsystems mit dem Ziel vorbereitet, bis spätestens Mai 2005 ein noch auszuwählendes System im Pilotbetrieb implementiert zu haben, um dieses im Anschluss ausreichend testen zu können.

E-Appointment, SenInn / SKzl

Ziel des Projekts ist die Realisierung eines webbasierten Terminplanungssystems, welches auf der Plattform berlin.de zur Nutzung für alle Verwaltungen bereitgehalten wird. Dem Verwaltungskunden wird damit die Buchung eines verbindlichen Termins über das Internet ermöglicht.

Ein entsprechendes Konzept wird derzeit unter Beteiligung des Landeseinwohneramts sowie der BÄ Neukölln, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf erarbeitet.

Fundsachen im Netz (FuN), BA Tempelhof-Schöneberg

Ziel ist die Bereitstellung einer Software zur Verwaltung von Fundsachen unter Beteiligung des Zentralen Fundbüros, der Bezirksämter Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick. Schwerpunkt ist die Suche verlorener Gegenstände der Bürger im Internet sowie die vernetzte Verwaltung von Fundsachen durch die Bürgerämter und weitere interne (z. B. Polizei) und externe Partner (z. B. BVG).

Ein Sollprozess für die Berliner Bürgerämter und das Zentrale Fundbüro zur Erstellung der Produkte „Dezentraler Bürgerservice in Fundangelegenheiten“ und „Fundangelegenheiten“ wurde erarbeitet.

Im zweiten Schritt wurde unter Federführung des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg eine entsprechende Softwareunterstützung ausgeschrieben. Die Auswertung und Zuschlagserteilung erfolgt im November 2004. Der Einsatz der Software ist für Dezember 2004 vorgesehen.

Ziel ist die Senkung von Bearbeitungszeiten und Vordruckkosten, die Optimierung von Geschäftsprozessen sowie die Erhöhung der Rückgabequote mit resultierender

Gebühreneinnahme. Nach einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung übersteigen die jährlichen Entlastungen die jährlichen Kosten.

BASIS-Infodienst, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Basis-Geschäftsstelle)

Das Projekt verfolgt die Aktualisierung des BASIS-Informationsdienstes für die rd. 3000 Basis-Anwender und Anwenderinnen in der Berliner Verwaltung. Die Maßnahme soll in 2004 durchgeführt werden.

Ziele sind die Vereinfachung der Pflege und Wartung zur Steigerung von Aktualität, Qualität und Umfang der Informationen, Verbesserung des Informationsaustausches untereinander sowie Erhöhung der Qualität der Wissensvermittlung in BASIS und damit der Anwendung insgesamt.

eLearning für BASIS-Multiplikatorinnen/Multiplikatoren (ELBa) / Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Mit Hilfe des Dienstes e-Teamwork des LIT soll den BASIS-Multiplikatorinnen und – Multiplikatoren in 2004 bezirksübergreifend eine E-Learning-Plattform zur Verfügung gestellt werden.

Ziele sind Effektivitäts- und Effizienzsteigerung bei Qualifizierungsmaßnahmen im Verfahren BASIS.

Barrierefreies PROSOZ, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Basis-Geschäftsstelle)

Das Programm PROSOZ wird im Hinblick auf Barrierefreiheit in Kooperation mit dem Blindenverein von Berlin und dem PROSOZ Institut Herten GmbH überarbeitet.

Ziel ist es, die Anwendung für sehbehinderte und/oder blinde Mitarbeiter/innen bis 2005 zu ermöglichen.